

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 20. Oktober 2014

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung
am 20. Oktober 2014 beschlossen:

Maßnahmen für die Zukunftssicherheit Deutschlands und gegen die drohende Rezession

Deutschland braucht wieder eine Politik, die rechnen kann. Denn die Aussichten für die Bürgerinnen und Bürger trüben sich ein: Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute korrigieren ihre Erwartungen für die Wohlstandsentwicklung in Deutschland deutlich nach unten. Der Export ist eingebrochen wie seit dem Krisenjahr 2009 nicht mehr. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sinkt spürbar. Dazu hat eine Reihe von Fehlern der Großen Koalition beigetragen, die permanent gegen den Grundsatz „Erwirtschaften vor Verteilen“ verstößt. Wir Liberale fordern, dass die Politik sich wieder stärker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert. Wäre die Bundesregierung nicht so mutlos, könnte sie sofort entsprechend handeln. Wir schlagen dazu vor:

1. Energie muss wieder bezahlbar werden! Die hohen Stromkosten sind das größte Investitionshindernis in Deutschland. Sie belasten die Menschen und die Wirtschaft. Tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr, da ganze Produktionszweige ins Ausland abzuwandern drohen. Deshalb wollen wir die Steuer auf Energie halbieren und das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen.
2. Die Kalte Progression sofort abbauen! Das beendet den „Lohnklau“ bei der arbeitenden Bevölkerung und die heimliche Steuererhöhungspolitik der Großen Koalition. Eine zusätzliche Vereinfachung des Steuersystems kann den Effekt für die Menschen und Unternehmen verstärken und spart ihnen Zeit und Geld.
3. Mehr Chancen für die Menschen zum Ein- und Aufstieg schaffen! Die Einführung des staatlichen Mindestlohns zum 1.1.2015 muss ausgesetzt werden. Längst zeigt sich, dass die Warnungen vor Arbeitsplatzverlusten und höheren Preisen begründet sind. Sinnvoll ist stattdessen eine Bildungsoffensive für Schulabbrecher, um ihnen den Weg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und ihnen damit mehr Chancen für die Gestaltung des eigenen Lebens zu geben.
4. Mehr Anreize für private und öffentliche Investitionen setzen! Von der Wiedereinführung der degressiven Abschreibung und der Förderung der energetischen Gebäudesanierung gingen Impulse aus. Entscheidend sind aber wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen. Mindestens vier Milliarden Euro zusätzlich für Straßen, Schienen, Brücken und die Breitbandversorgung sind machbar, wenn die Regierung zusätzliche Konsumausgaben kappt und die Ratschläge des Bundes der Steuerzahler ernst nimmt. Durch private Investoren für Infrastruktur könnten diese Investitionen sogar um ein vielfaches verstärkt werden. Deshalb müssen mehr Anreize für privates Engagement in PPP-Projekten und mehr steuerliche Anreize für private Investitionen gesetzt werden.

5. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA zügig abschließen! Der Exporteinbruch zeigt, wie wichtig der Außenhandel für Deutschland ist. Ein Freihandelsabkommen mit den USA wird diesen unmittelbar und nachhaltig ankurbeln. Die enormen Chancen für unsere Exportwirtschaft dürfen wir deshalb nicht aus plumpem Antiamerikanismus verstreichen lassen. Zusätzlich ist das Abkommen eine einzigartige Möglichkeit, weltweit gültige Sozial- und Umweltstandards zu setzen.
6. Die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen verbessern! Sie müssen von unnützer und teurer Bürokratie befreit werden. Bürokratieabbau wirkt wie ein kostenloses Konjunkturpaket. Dem Fachkräftemangel müssen wir mit einem Gesamtkonzept aus Bildung, Weiterbildung und lebenslangem Lernen begegnen. Das beginnt bei der Motivation von Jugendlichen und einer Bildungsoffensive für Schulabbrecher, geht über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über die Nutzung der Kompetenz von Senioren bis zu einem modernen Einwanderungsrecht. Durch eine stärkere steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung wollen wir zusätzlich die Innovationskraft des Mittelstandes stärken.
7. Den Soli abbauen! Denn bereits heute geht nur noch ein Bruchteil der Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag an die ostdeutschen Bundesländer. Der größte Teil des Geldes fließt in den Bundeshaushalt und wird für allesmögliche ausgegeben, aber nicht für den Aufbau Ost. Hier muss sich die Politik ehrlich machen und den Soli abbauen.
8. Schuldenabbau und Investitionen in die Zukunft müssen wieder Priorität haben! Deutschland könnte heute bereits Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren. Doch nach den Wahlgewinnen der Großen Koalition stellt die SPD sogar die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt in Frage – von Schuldenabbau ganz zu schweigen. Wachstum kann aber nicht auf Pump vom Staat gekauft, sondern nur durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen ermöglicht werden.
9. Die Rente modernisieren! Die Frührente mit 63 ist nicht nur teuer, sie vergrößert auch den Fachkräftemangel. Deshalb muss sie revidiert werden. Zumindest muss der Renteneintritt zwischen 60 und 70 Jahren individuell flexibel möglich sein - mit dem Ziel, längeres Arbeiten in Voll- oder Teilzeit attraktiver zu machen. Dafür müssen Arbeitnehmer im Rentenalter von Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung befreit werden und es müssen attraktive Zuverdienstmöglichkeiten gegeben sein.
10. Eine Sparregel und eine Schuldenbremse 2.0 verankern! Durch die Sparregel dürfen Steuermehreinnahmen, die aus Wachstum entstehen, nur noch zum Schuldenabbau und für Investitionen in die Zukunft verwendet werden. Die Schuldenbremse 2.0, die nicht nur den Steuerhaushalt, sondern auch die Kassen der Sozialsysteme erfasst, würde zudem die Wirksamkeit der bisherigen Schuldenbremse erhöhen. Es wäre dann nämlich nicht mehr möglich, neue Schulden in den Kassen der Sozialversicherungen zu verstecken, wie es die Große Koalition aktuell tut. Die Kombination aus beidem sorgt für nachhaltige Leitplanken für die Staatsfinanzen, unabhängig von Parteitaktik und Tagespolitik.